

Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint zweiwöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1000 Mt. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — In Nichterbandmitgliedern wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volksbühne) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinseite 1200 Mt. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einzahlung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 28/29

Sonnabend, den 21. Juli 1923

27. Jahrgang

Zur Kenntnisnahme.

Der Zeilenpreis oder dessen Raum für Inserate wird von dieser Nummer des „Steinarbeiter“ an bis auf weiteres auf 1200 Mt. erhöht. Vorherige Einzahlung des Betrages ist nach wie vor notwendig. Der Verlag.

Lohnbewegungen.

Laufende Notizen unter: „Gesperzt“, „Streik“, „Zugzug fernzuhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Ausnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.

Gesperzt:

In Fürstentum die Firma Deplaß u. Co.

Streik:

In Elmshorn (Holstein). In Magdeburg (Marmorbetrieb Gebr. Böhmer).

Zugzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik von Zürich (Schweiz). Von Tangernünde (Firma Paul Schwarz).

Erledigte Bewegungen.

Gudensberg. Nach 1 1/2 tägiger Dauer wurde der Streik beendet.

Der Kampf um wertbeständige Löhne.

Seit dem Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 haben wir so viele Enttäuschungen erlebt, daß man sich an diese wie an so vieles früher Undenkbare ziemlich gewöhnt hat. „Ich wundere mich über jarnicht mehr“, sagt der Durchschnittsberliner — und die sich überströmenden Ereignisse gehören der Vergangenheit an. So angenehm diese „Burchsichtigkeit“ für den einzelnen sein kann, so unangenehme Folgen haben die ständigen Enttäuschungen für die Allgemeinheit, indem sie doch für die Arbeiter entweder in dem großen Sumpf der gewerkschaftlichen und politischen Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit, dem Indifferentismus, oder, was nicht minder schlimm ist, im unfruchtbaren Radikalismus. Der Indifferentismus basiert auf der Unterwürfigkeit, der Radikalismus auf der Ueberhöhung der eigenen Kraft, beide also auf der Unkenntnis bezw. Nichtberücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse. Wollen wir also unsere Klassenangelegenheiten vor den beiden gleichschädlichen Nebeln bewahren, so müssen wir sie vor allen Dingen, soweit wir es vermögen, vor Enttäuschungen schützen.

Wie kann das geschehen? Indem wir uns hüten, Hoffnungen in unsern Kreisen zu erwecken oder aufkommen zu lassen, von deren Durchführbarkeit wir nicht selbst überzeugt sind. Nichts schadet der Arbeiterbewegung mehr als der ständige Parolenwechsel, der nur verwirrend und bei Nichterreichung des gesteckten Ziels oder gar bei sich wiederholenden Rückschlägen entmutigende fatalistische Wirkungen auslöst.

Doch was hat diese Mahnung mit der Schaffung wertbeständiger Löhne zu tun? Es mußte von vornherein klarheit darüber verbreitet werden, daß diese Forderung nur durch die Fortsetzung der bisherigen Lohnkämpfe erreicht werden kann. Zunächst konnte es sich nur darum handeln, die Grundlage zu schaffen, auf der sich die Wertbeständigkeit der Löhne (entweder mit oder gegen den Willen der Unternehmer, auf dem Wege friedlicher Vereinbarung, als Kampfergebnis oder durch Gesetzeskraft) aufbauen kann. Das bloße Aufwerfen des Problems der Schaffung wertbeständiger Löhne hat aber bei vielen die Erwartung hervorgerufen, daß der rasenden Schnelligkeit der katastrophalen Marktentwertung plötzlich wie durch ein vollwirtschaftliches Wunder Einhalt geboten oder aber mindestens die durch die weitere Marktentwertung eintretende Schädigung der Arbeiter von diesem mit einem Schläge ferngehalten werden könnte. Wer diesen Hoffnungen nachging, muß natürlich auch jetzt wieder stark enttäuscht sein, und es ist durchaus nicht verwunderlich, wenn die bittere Enttäuschung entweder im fatalistischen oder radikalen Sinne zum Ausdruck kommt.

Liegt nun ein Grund zur Unzufriedenheit vor? Mit den allgemeinen unhaltbaren Verhältnissen ganz gewiß, nicht minder auch mit den verantwortlichen Stellen, die trotz aller Warnungen von Arbeitnehmerseite aus dem unheilvollen freien Spiel der wirtschaftlichen und politischen Kräfte untätig zusahen, nicht aber mit den berufenen Vertretern der Arbeitnehmer aller Art, die in wirtschaftlichen und politischen Parlamenten vom unscheinbarsten Tarifverhandlungszimmer bis zum Reichstag die Interessen ihrer Auftraggeber auch nach dieser Richtung hin vertreten haben. Den Bemühungen des DGB-Vorstandes ist es gelungen, eine Befreiung der bisherigen Mängel der Reichsmehrziffer der Lebenshaltungskosten (Index) zu erzielen, so die Nichtberücksichtigung kultureller Ausgaben und die stets erheblich zu spät kommende, auf vierwöchigen Erhebungen beruhende Durchschnittsziffer. Jetzt findet die Veröffentlichung der Mehreziffer jeden Mittwoch an allen Orten des Reiches statt, so daß der jeweilige Stand der Teuerung schon bei der Lohnzahlung der laufenden Woche Berücksichtigung finden kann, wenn — der gute Wille auf Arbeitgeberseite vorhanden ist.

Doch daran hapert es wie gewöhnlich wieder ganz gewaltig. In der Zentralarbeitsgemeinschaft ist eine Einigung über diese Frage nicht zustande gekommen. Die Unternehmer werden sich gegen die Berechnung nach dem Lebensleistungsindex, weil sich angeblich der Kleinhandel auf ihn einstellen und die Lohnaufbesserungen hierdurch wieder illusorisch würden. Der von den Unternehmern als Berechnungsgrundlage vorgeschlagene Goldzollaufschlag hinkt jedoch immer so weit hinter dem wirklichen Einkaufswert des Geldes her, daß dieser für die Arbeitnehmervertreter nicht als Lohnberechnungsgrundlage angenommen werden konnte. Folgender Resolution gab der Bundesausschuß am 4. Juli 1923 seine Zustimmung:

Die Entwertung der Papiermark ist seit der Befehle des Ruhrgebietes in so rapidem Maße erfolgt, daß die Anpassung der Löhne an die stetig sinkende Kaufkraft des Geldes noch weniger als zuvor Schritt zu halten vermag. Die Folge dieses Minderwertes ist eine fortschreitende Verelendung der Lage der Arbeiter und ein Abbau der Konsumkraft der breiten Massen der Bevölkerung und somit eine ernstliche Gefährdung der deutschen Wirtschaft.

Der Ausschuß des DGB. hat eingehend alle Mittel und Wege zur rascheren Angleichung der Löhne an die Teuerung geprüft und empfiehlt den Gewerkschaften, die Tarifverträge mit einer Klausel zu versehen, die den vereinbarten Löhnen innerhalb jeder tariflichen Lohnperiode die Erhaltung ihrer Kaufkraft sichert. Als Berechnungsgrundlage für die Auswertung des Lohnes am Zahlungstage ist eine amtliche Mehreziffer einzuführen, die eine wirkliche Steigerung der Lebenshaltungskosten voll zum Ausdruck bringt. Diese Mehreziffer muß wöchentlich festgestellt und möglichst kurz vor dem Lohnzahlungstage im ganzen Reich veröffentlicht werden. Als Tag der Veröffentlichung empfiehlt sich am besten der Mittwoch.

Die Anwendung der amtlichen Mehreziffer auf die Erhöhung der Löhne während der Dauer der Lohnvereinbarungen ist möglich durch zentrale Vereinbarungen für alle Arbeiter und Angestellten in Betrieben der Bundesauschusses die sofortige Anwendung durch Gesetz oder Verordnung.

Der Bundesausschuß ist nicht im Zweifel darüber, daß durch diese Maßnahme allein die unbedingt notwendige Wiederherstellung der früheren Lebenshaltung der Arbeitnehmererschaft nicht zu erreichen ist. Diese ist aber unbedingt anzustreben auch im Interesse der Wiederherstellung der heutzutage Arbeitskraft, die infolge der bisherigen Wirtschaftspolitik des Unternehmertums aufs äußerste gefährdet ist.

Der Bundesausschuß macht es deshalb den Gewerkschaften zur Pflicht, nicht nur jedes weitere Abwärtsgleiten der Löhne zu verhindern, sondern auch nach wie vor auf eine Erhöhung des Reallohnes hinzuwirken und die Kaufkraft der errungenen Löhne zu sichern. Von der Regierung und von den bei Lohnfestsetzungen mitwirkenden Behörden und Schlichtungsinstanzen wird erwartet, daß sie den Gewerkschaften bei der Erfüllung dieser Aufgabe die notwendige Unterstützung leisten.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, sofort auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 24. Februar dieses Jahres eine Verordnung zur Erhaltung der Wertbeständigkeit für die Gehalts- und Lohnbezüge aller Arbeiter, Angestellten und Beamten im Reich, Länder und Gemeinden zu erlassen.

Es ist zu bestimmen, daß die jeweils vereinbarte Entlohnung in ein bestimmtes Verhältnis zur amtlich festgestellten Kaufkraft der deutschen Reichsmark (Lohnmehrziffer) gebracht wird. Zu dem jeweils vereinbarten Grundlohn tritt ein Zuschlag nach dem Verhältnis der durch den Lohnindex wöchentlich ermittelten Minderung der Kaufkraft der Mark. Der Lohnindex setzt sich zusammen aus dem amtlichen Lebenshaltungskostenindex und einem mit dem zuständigen Organisationsrat vereinbarten Mehrfaktor, durch welchen die in der Lohnzahlungswoche zu erwartende weitere Preisänderung Berücksichtigung findet:

1. für die Beamten und die auf Privatschulvertrag tätigen Angestellten sind diese Grundsätze sinngemäß anzuwenden;
2. nach dem gleichen Index sind die Sozialrenten und Unterstützungen wertbeständig zu gestalten;
3. die zuständigen Stellen anzurufen, Tarifverträge, die Klauseln zur Sicherung der Wertbeständigkeit des Arbeitseinkommens enthalten, für rechtsverbindlich zu erklären;
4. für die Angestellten in privaten Unternehmungen die mindestens 14tägige Gehaltszahlung anzuordnen;
5. Aufträge des Reiches nur an solche Firmen zu vergeben, die für ihre Arbeitnehmer die Wertbeständigkeit ihrer Entlohnung eingeführt haben.

So ist vorläufig nur ein Teilerfolg zu buchen, der in der Schaffung einer besseren Grundlage zur Berechnung der Löhne besteht. Die Anpassung der Löhne an die wöchentliche Mehreziffer zu erringen, bleibt den einzelnen Gewerkschaften überlassen. Ihre Erfolge auf dem Gebiete der Löhne werden nach wie vor von ihrer Macht abhängen. Sie zu stärken, bleibt daher unsere Hauptaufgabe. Nur dann werden die Gewerkschaften in der Lage sein, die im letzten Absatz der obigen Resolution betonte Verpflichtung zu erfüllen.

Unser Verbandsvorstand hat sich am 6. Juli mit einem diesbezüglichen Schreiben an alle in Betracht kommenden Unternehmerverbände der Steinindustrie gewandt. In diesem Schreiben wird nach der Begründung unserer Forderung nach wertbeständigen Löhnen der Appell an die Unternehmer gerichtet, unserm Bestreben die Kollegenschaft vor völliger Verelendung zu schützen, nicht nur keinen Widerstand zu bereiten, sondern die weitestgehende Unterstützung zuteil werden zu lassen. Die Gau-, Bezirks- und Ortsleiter des Verbandes sind aufgefordert, in der erforderlichen Weise vorzugehen, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Inwieweit die bei Lohnfestsetzungen mitwirkenden Instanzen den Gewerkschaften die erwartete Unterstützung bei Erfüllung ihrer Aufgaben zuteil werden lassen, bleibt abzuwarten. Eine völlige gesetzliche Lohnregelung der Arbeitnehmer (ohne Beteiligung der Gewerkschaften) würde die Gefahr der wenn auch nicht sofortigen aber doch allmählichen Ausschaltung des gewerkschaftlichen Einflusses auf die Lohnfestsetzung im Gefolge haben.

Die sogenannte Wertbeständigkeit der Löhne wird also den Kollegen nicht fix und fertig dargeboten, sie muß wie alle bisherigen Besserungen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses im zähen Ringen erkämpft werden.

Rundschau.

Aus der Steinindustrie. Mitte Juni traten in Weimar die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Steinindustrie zu einer ordentlichen Verbandsauschussversammlung zusammen. Diese Zusammenkünfte werden satzungsgemäß befehligt von den einzelnen Mitgliederverbänden und zwar des Reichsverbandes der deutschen Plasterstein- und Schotterindustrie; des Deutschen Marmorfachverbands; des Verbandes deutscher Granitwerke; des Verbandes deutscher Werksteinbetriebe; des Verbandes der deutschen Granitwerksteinindustrie und des Deutschen Grabmalgewerbe-Verbands. Nach dem Pressebericht zu urteilen stand das Verbands-Geschäftliche im Vordergrund, also besonders Wichtiges, was uns als Arbeitnehmer interessiert, kommt im Pressebericht nicht zum Ausdruck. Bemerkenswert ist nur, daß die zentrale Unternehmerorganisation in der deutschen Steinindustrie dazu übergegangen ist, vom 1. Juni d. J. an ihre Beitragsleistung wertbeständig zu gestalten. Als monatlicher Bedarf der Spitzenorganisation wurden 85 Dollar festgesetzt, die nun nach einem Schlüsselverfahren jedenfalls von den Verbänden aufzubringen sind. Die Einmütigkeit, mit der

diese Beitragsleistung beschlossen wurde, läßt die Hoffnung zu, daß bei den jetzigen Lohnverhandlungen die Unternehmer aus dem Reichsverband der deutschen Steinindustrie auch ebenso einmütig für die Wertbeständigkeitsklausel in den Lohnverträgen eintreten. Insofern hätte die Weimarer Tagung auch etwas Gutes für die deutschen Steinarbeiter gebracht. Unsere Kollegen werden jedoch verstehen, wenn wir in der Dankesvoraussetzung etwas zurückhaltend sind; denn sie kommt noch dann zur rechten Zeit, wenn wir die Einmütigkeit in der Wertbeständigkeit des Lohnes als wirkliche Tatsache buchen können.

Im deutschen Steinbildhauer vom 1. Juli 1923 ist ein Versammlungsbericht enthalten der Marmorindustriellen in Carrara (Italien). Die Versammlung beschloß sich unter Leitung eines politischen faschistischen Oberkommissars namens Renato Ricci, der anscheinend zugleich auch Marmorindustrieller ist, mit dem in- und ausländischen Verkauf von Carrara-Marmor. Eine Preisliste wurde festgelegt, ebenso die Höhe der Rückvergütung (Stonto) bei Rechnungsbezahlung, auch die Höhe der Provisionen für Vermittler und Vertreter. Der Absatzverkauf wurde geregelt; dieser „Austausch mit Handelsfreiheit“ aber nur solchen Firmen gestattet, die dem „Handels- und Industrie-Organismus von Carrara angehören“. Im weiteren wurde mit dem tatsächlich unsinnigen System gebrochen, Marmor nach Gewicht zu verkaufen. Zur Beachtung der Beschlüsse wurden durchschlagende Strafbestimmungen festgelegt, die im Einzelfall einer vollständigen Unmöglichkeit des Verkäufers und evtl. auch des Käufers von Carrara-Marmor gleichkommt. Von jeder Strafmaßnahme wird der gesamte Handels- und Industrieklasse sowie der öffentlichen Presse Kenntnis gegeben“. Der faschistische Oberkommissar nahm in der Diskussion wiederholt Veranlassung zu betonen, daß die italienische Zentralregierung wegen der nationalen Bedeutung der Marmorindustrie der letzteren die größte Aufmerksamkeit und Unterstützung schenke. Dem Ministerpräsidenten Benito Mussolini wurde ein Beifallstelegramm geschickt für seine bewährte Anteilnahme an dem Geschehe der Marmorindustrie.

Unsern Lesern ist bekannt, daß das Haupt der faschistischen Regierung aus der Marmorindustrie hervorgegangen ist, man kann mutmaßen, daß Mussolini deshalb hier regelnd eingegriffen hat. Jedenfalls muß die Preisunterbreitung in der Carrara-Marmorindustrie und das gegenseitige Abwürgen auf Kosten der Arbeiterlöhne und der Industrie selber schon recht schlimm gewesen sein. Ähnliches sehen wir auch in einzelnen Fachgruppen der deutschen Natursteinindustrie. Zum Beispiel in der Granitwerksteingruppe. Strafbestimmungen wären hier sehr oft am Platze, sie können nur erlegt werden durch die Tatkraft der Arbeiterorganisationen in der Bekämpfung wertbeständiger Löhne, dann erfolgt das gegenseitige Abwürgen in der Preisunterbreitung nur auf Kosten des Reingewinns und der Instandhaltung des Einzelbetriebs, aber letzten Endes sicher zum Schaden der Granitindustrie und damit auch der Arbeiter. Ohne straffe Zügelanlegung läßt sich anscheinend der gefährliche Egoismus auch in Deutschland nicht bändigen. Bezüglich der Marmorindustrie sind die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber, sie verlangen in dieser Beziehung sehr oft. Auf dieses Verhalten ist so mancher unnütze Preisbildung nicht nur in der Natursteinindustrie zurückzuführen, die dann gezwungenermaßen reelle Firmen mitmachen müssen. Wir brauchen durchaus nicht einen Mussolini zum Vorbild zu nehmen, der durch sein Eingreifen in Carrara den dortigen Unternehmern ihren Verdienst gesichert hat; daher der Dank.

Submissionsblüte. Von einem Firmenangebot zu einer Ausschreibung in Gesteinmünde bekamen wir Kenntnis: kaum fahbar ist die außerordentliche Preisdifferenz. Es handelt sich um die gleiche Menae Steine in gleicher Ausführung. So gar zwei Firmen am gleichen Ort mit gleichem Lohnvertrag für die Steinarbeiter haben einen Preisunterschied in ihren Angeboten von 20 Millionen. Eine andere Firma fordert beinahe achtmal soviel wie die billigste in ihrem Angebot. Wenn etwa der Stundenlohn der Steinarbeiter danach berechnet werden sollte, dann hätte die teuerste Firma Ende Juni pro Stunde mindestens 50 000 Mt. zahlen müssen, denn die billigste Firma zahlte Ende Juni 6601 Mt. Stundenlohn. Alle Kollegen, die an Lohnverhandlungen mit den Unternehmern teilnehmen, wissen, daß in jeder Verhandlung die Behauptung aufgestellt wird: Die Löhne stellen in jeder Preiskalkulation für die Natursteinindustrie den höchsten Anteil von der Verkaufsumme dar! Man vergleiche nur diese Behauptung mit den nachfolgenden Angeboten und kann dann ermessen, was die betreffende Behauptung wert ist. Es lassen sich aus dem Submissionsangebot noch andere Schlüsse ziehen, die für einen Teil der in Frage kommenden Unternehmer alles andere enthalten, nur kein Lob über ihre Geschäftsqualitäten. Unsere Kollegen mögen sich das Preisangebot der Unternehmer merken: denn jetzt, wo der Kampf geführt wird um den Wertbestand der Löhne, kann es seine Dienste tun, um die heuchlerischen und unwahren Argumente manchen Unternehmers zu widerlegen:

1. Kartisch, Strieaau	Granit	124 840 000.— Mt.
2. Altermann, Köln	„	136 640 000.— „
3. Kollenhaupt, Köln	„	464 000 000.— „
4. Kother, Strieaau	„	124 230 000.— „
5. Kulmb. Strieaau	„	121 850 000.— „
6. Reinold, Würzburg	„	130 883 000.— „
7. Vereinierte Harz	„	119 960 500.— „
8. Sparrmann, Dresden	„	79 055 086.— „
9. Kunath, Dresden	„	59 090 000.— „
10. Altermann, Köln	Kalk	115 961 000.— „
11. „	Sandstein	98 996 000.— „
12. Feidler u. Rimmel	Muschelkalk	102 650 000.— „
13. Koffe, Belphe	Sandstein	210 426 900.— „
14. Obertröden	„	80 867 000.— „
15. Winckel, Münchenberg	„	65 300 000.— „
16. Reinold, Würzburg	„	92 905 000.— „
17. „	Kalkstein	125 847 000.— „
18. Sarimann, Würzburg	Dolomit	86 180 000.— „

Gewerkschaftliches Verbot des Korrespondenzblattes des DGB. Die Rheinlandkommission hat das Korrespondenzblatt auf drei Monate für die französische und die belgische Zone des altbesetzten Gebietes verboten. Was den Jörn der Kommission erzeit hat, ist unbekannt, da die Expedition erst durch das Postzeitungsamt von dem Verbot in Kenntnis gesetzt wurde.

Gewerkschaftliche Steuerkommission. DGB, AFA-Bund und DGB. haben gemeinsam eine Steuerkommission eingesetzt. Diese gab sich folgendes Rahmenprogramm:

1. Kritik des Geldwertungsgeleges. Die Möglichkeit einer wirklichen Anpassung der Steuern an den sich ändernden Marktwert.

2. Schaffung einer wirklichen Quellenbesteuerung durch Erfassung der Sachwerte. Automatisierung des Steuereingangs.

3. Die Möglichkeit einer organischen Zusammenlegung und Vereinfachung der derzeitigen Steuern. Vereinfachung des Steuer- und Einziehungapparates.

Die Steuerkommission beabsichtigt nicht, die neu zu schaffende Steuererhebung paragrafenmäßig vorzubereiten. Sie will jedoch durch die Klärung des gesamten Fragenkomplexes denjenigen Genossen und Kollegen, die bei der kommenden Steuererhebung mitzuarbeiten haben werden, brauchbare Richtlinien und Ratsschlüsse übermitteln. Die Steuerkommission zieht bei der Besprechung der einzelnen Fragen jeweils Sachverständige hinzu.

In der Nr. 26 des Korrespondenzblattes vom 30. Juni haben die gewerkschaftlichen Spitzenverbände durch die betreffende Kommission den ersten Teil einer Untersuchung über die „Neugegestaltung des Steuerrechtes“ veröffentlicht. Diese umfangreiche Arbeit wird in einer der nächsten Nummern des „Steinbauers“ gewürdigt.

- ### Adressenänderungen.
- 1. Gau.**
Zellberg. Kass.: Erwin Wolff, Neue Straße 1.
Emsbörn. Kass.: Heinrich Sarau, Sandberg 76.
 - 3. Gau.**
Kurz. Vorj. u. Kass.: Joh. Bibrach, Nr. 12E.
Zöblitz. Vorj.: Walter Freißler.
 - 4. Gau.**
Oberaula. Vorj.: Hermann Dittmar, Wahlhausen.
 - 5. Gau.**
Krethaus b. Linz a. Rh. Vorj.: Wilh. Düren, Ober-Erl, Post Casbach a. Rh.; Kass.: Herm. Tzol, Hilterscheid, Westermald.
Hönmettal, Post Lendingen. Vorj. u. Kass.: Heinrich Wiesbagen — Bezirk Dornap.
 - 7. Gau.**
Hauzenberg. Vorj. u. Kass.: Jos. Neuborfer, Dießenhäusl, Post Hauzenberg.
Kellheim. Vorj.: Willibald Jänzl, Neu-Kellheim.
Eigelsberg. Vorj.: Michl Zeus, Langenricht, Post Tannesberg.
 - 8. Gau.**
Crailsheim. Vorj.: Aug. Grimm, Burleswagen, Post Satteldorf.
Pappenheim. Kass.: Fritz Roth, Friedhof.
 - 9. Gau.**
Homburg. Vorj.: Otto Papst.
 - 10. Gau.**
Gera. Vorj.: Johann Burkreas, Plauenische Straße 5.

Abrechnung der Hauptkasse vom 1. Quartal 1923.

Eintrittsgeld Beiträge à Mfl.	Einnahme:	Mfl.
15	32 030	32 030
27	10 680	42 710
31	21 330	64 040
35	18 598	82 638
39	7 455	90 093
43	6 396	96 489
47	10 406	106 895
51	27 589	134 484
55	204 918	339 402
60	39 160	378 562
65	93 840	472 402
70	3 640	476 042
75	148 890	624 932
80	175 200	800 132
85	143 760	943 892
90	73 185	1 017 077
95	231 660	1 248 737
100	363 280	1 612 017
110	901 900	2 513 917
120	388 190	2 902 107
130	433 680	3 335 787
140	389 480	3 725 267
150	359 100	4 084 367
160	2 842 800	6 927 167
170	703 040	7 630 207
180	671 160	8 301 367
190	1 692 180	9 993 547
200	832 580	10 826 127
210	8 300 200	19 126 327
220	3 736 920	22 863 247
230	8 688 240	31 551 487
240	4 430 660	35 982 147
250	5 670 840	41 652 987
260	19 685 100	61 338 087
270	3 703 360	65 041 447
280	9 104 860	74 146 307
290	4 256 640	78 402 947
300	2 585 520	80 988 467
310	12 096 600	93 085 067
320	6 963 600	100 048 667
330	5 768 400	105 817 067
340	811 900	106 628 967
350	2 898 240	109 527 207
360	18 978 500	128 505 707
370	4 429 150	132 934 857
380	11 082 000	144 016 857
390	8 450 000	152 466 857
400	14 110 600	166 577 457
410	4 750 500	171 327 957
420	20 691 200	192 019 157
430	2 714 900	194 734 057
440	9 484 200	204 218 257
450	1 760 350	205 978 607
460	25 071 000	231 049 607
470	9 461 100	240 510 707
480	23 838 000	264 348 707
490	4 589 000	268 937 707
500	6 244 000	275 181 707
510	9 351 000	284 532 707
520	2 454 000	286 986 707
530	243 100	287 229 807
540	648 000	287 877 807
550	648 000	288 525 807
560	119 729	288 645 536
570	18 339	288 663 875
580	147 992	288 811 867
590	125 694,50	288 937 561,50
600	813 943,20	289 751 504,70
610	3 559 254,10	293 310 758,80
Summa:		293 309 098,80

Abrechnung der Hauptkasse vom 1. Quartal 1923.

Einnahme:	Mfl.
Erwerbsloosenunterstützung am Ort	543 244
" auf der Reise	45 418
" bei Krankheit	1 195 641,85
Streifenunterstützung	2 232 696,35
Gemäßigtenunterstützung	10 200
Sterbeunterstützung	190 250
Rechtschutz	33 320
Notfallunterstützung	521 211
Agitation	1 022 536,20
Verwaltung (persönliche)	19 387 447,71
(sachliche)	4 932 039,06
Beiträge an Kartelle und Arbeitersekretariate	4 288 661,77
Delegationen und Konferenzen	4 527 421,43
Sonstige Ausgaben	2 705 599,67
Guthaben bei der Hauptkasse	3 559 254,10
Bestand der Hauptkasse zurück	5 516 493,62
Mfl. 50 711 434,76	

Bilanz.

Uebertrag:	Mfl.
40 461 582	40 461 582
Für Verwaltung (persönliche):	
a) Gehalt	7 467 286,50
b) Versicherungsbeiträge	666 839
c) Revisionen und Vorstandssitzungen	207 252
8 341 377,50	
Für Verwaltung (sachliche):	
a) Bureaumiete, Heizung, Reinigung, Licht	237 150
b) Telefon, Schreib- u. Postmaterial	87 808
c) Porto, Postgeld, Straßporto	370 000
d) Neuanhaffungen, Reparaturen	172 620
e) Druckkosten f. Formulare, Buchbinder und Stempel	1 282 183,65
f) Steuern, Versicherung und sonstige Unkosten	3 511
g) Verwaltung und Depotspeisen für Wertpapiere	71,50
h) Postgebühren	44 296
i) Sonstige Ausgaben	11 132,95
2 208 771,60	
Für Verbandsorgan:	
a) Redaktion	918 738
b) Honorar für Mitarbeit	19 270
c) Expedition	887 813
d) Druckkosten und Papier	13 968 471
e) Porto, Fracht, Kollgeld, Adressen, Streifenbänder für Verband	961 845,80
f) Gewerkschaftliche Frauenzeitung	191 542
16 947 179,80	
Für Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	249 949,75
Für Unterrichtsstufe u. Betriebsratzeitung	110 709
360 658,75	
Sonstige Ausgaben:	
Beitrag an d. deutschen Gewerkschaftsbund	1 010 780
Delegationen und Konferenzen	84 120
Int. Gewerkschaftsbund (Antikriegsfonds a conto)	80 000
Beitrag f. Ruhrhilfe aus Zahlst. a. ADGB	402 428
Anteil der Lokalfasse an den Beiträgen	57 704 829,40
Guthaben d. Zahlstellen v. 4. Quart. zur.	932 951,15
60 215 108,55	
Summa: Mfl. 128 534 678,20	

Abrechnung der Zahlstellen vom 1. Quartal 1923.

Erwerbsloosenunterstützung am Ort	Mfl.
543 244	543 244
" auf der Reise	45 418
" bei Krankheit	1 195 641,85
Streifenunterstützung	2 232 696,35
Gemäßigtenunterstützung	10 200
Sterbeunterstützung	190 250
Rechtschutz	33 320
Notfallunterstützung	521 211
Agitation	1 022 536,20
Verwaltung (persönliche)	19 387 447,71
(sachliche)	4 932 039,06
Beiträge an Kartelle und Arbeitersekretariate	4 288 661,77
Delegationen und Konferenzen	4 527 421,43
Sonstige Ausgaben	2 705 599,67
Guthaben bei der Hauptkasse	3 559 254,10
Bestand der Hauptkasse zurück	5 516 493,62
Mfl. 50 711 434,76	

Bilanz.

Uebertrag:	Mfl.
14 534 155,59	14 534 155,59
Einnahme im 1. Quartal 1923	118 703 685,57
Bestand und Einnahme im 1. Quartal 1923	133 237 841,16
Abgabe im 1. Quartal 1923	50 711 434,76
Bleibt Bestand	82 526 406,40
Davon gehört der Hauptkasse	45 355 888,90
Bleibt Bestand der Lokalfassen	37 170 517,50
Ludwig Geiß, Kassierer.	

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Lohnnachweiskarten für die Ende Juni geltenden Löhne sind bis jetzt recht mangelhaft eingegangen. Eine ordnungsgemäße Führung der Lohnstatistik wird dadurch unmöglich gemacht. Zahlstellen, die damit im Rückstande sind, werden um baldige Einlieferung ersucht. Eine Angabe der für Ende Mai sowie für Anfang Juli bestandenenden Löhne ist zu Vergleichszwecken dringend erwünscht.

Um der Geldwertungs einigermassen zu entsprechen, hat der Vorstand beschlossen, die Erwerbsloosenmarke ab 1. August (31. Woche) auf 500 Mfl. zu erhöhen. Die bis dahin nicht verkauften alten Erwerbsloosenmarken sind zurückzuführen.

Achtung, Kassierer! Von der 31. Woche an werden Marken unter 3000 Mfl. nicht mehr verandt. Lehrlinge und jugendliche Arbeiter, die diesen Stundenlohn nicht erreichen, können Beitragsmarken zu 2000 Mfl. kleben. Unter 2000 Mfl. Stundenlohn kann für zwei Wochen eine Beitragsmarke geklebt werden. In der Zentrale sind Beitragsmarken bis 20 000 Mfl. vorhanden. Von 10 000 bis 20 000 Mfl. stapfeln sich die Marken von 1000 zu 1000 Mfl.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Gau 2, Liegnitz.

Zwecks Weitergabe an die streikenden Landarbeiter wurden der Gauleitung folgende Beträge überandt: Zahlstelle Goldberg 258 800, Arnsdorf (D.-L.) 411 150, Königshain 187 650, Hochenu 116 400, Ströbel 400 000 Mfl.

Der Bezirksausschuß des ADGB für Schlesien hatte auf Sonntag, den 1. Juli, eine Bezirkskonferenz einberufen. Diese Konferenz beschloß den Beitrag an das Landessekretariat Breslau wie folgt festzusetzen: vorläufig für das 3. Quartal 1923 für männliche Mitglieder 30 Mfl. pro Quartal, für weibliche Mitglieder 20 Mfl. pro Quartal. Die Beiträge sind bis spätestens 31. Juli einzuliefern. (Postfachkonto 31 014 Postfachamt Breslau 1, für Gewerkschaftshaus Baugel. m. b. H. Konto Landessekretariat.)

Wir bitten, auf der Rückseite der Zahlkarten die Angaben über die Zahlstelle, Name des Verbandes, Zahl der männlichen bzw. weiblichen Mitglieder und das Quartal, für das die Zahlung gelten soll, nicht zu vergessen, wie es bisher in vielen Fällen geschehen ist. Folgende Zahlstellen haben ansehend die Entrichtung der Beiträge für das 1. und 2. Quartal nach Angabe durch das Landessekretariat vergessen: Goldberg, Herzogswaldau, Oberpeilau, Ströbel, Waldenburg, Wünschelburg. Folgende Zahlstellen registrieren das 2. Quartal: Jannowitz, Löwenberg, Beuthen, Brieg, Schreiberhau, Wenig-Radowitz, Wüstegiersdorf.

Die Beträge müssen baldmöglichst beglichen werden, sie sind derart gering, daß es nicht angeht, noch per Post Mahnung ergehen zu lassen.

Die Gauleitung, J. H. Senft.

Briefkasten.

Banketten. Durch das Gesetz über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentempfangern der Invaliden- und Angehörigenversicherung sind die Gemeinden verpflichtet, deutsche Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung auf Antrag zu unterstützen. Wird dem Antrage nicht stattgegeben, dann Beschwerde beim Bezirksamt; verlagert auch dieser, dann an das Sozial-Ministerium in München.

Nürnberg. Solche Befehrlungen wie gewünscht, sind durch eine kurze Briefkastennotiz nicht zu geben. Wegen der 1. Frage wende Dich an Paul Ullmann in Zöblitz, Frauengasse. Die 2. Frage löst jeder geliebte Marmorhauer, der Dir auch die nötige Anleitung gibt. Führt am besten nach Erfurt zu einem kurzen praktischen Unterricht. Der Zahlstellennotifizierende oder Kassierer wird sicherlich vermitteln. Adresse: Karl Hopf, Erfurt, Metallstraße 3.

Bücher - Vorzugsangebot.

Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin SO 16, Engelauer 24

Gewerkschaftliche Bücher, die in keiner Zahlstelle des Verbandes fehlen sollten:

- Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung. Von Paul Herz und Sid. Seibel. Grundpreis 4.00
- Wirtschaftliches Denken. Von Dr. A. Striemer. Grundpr. 0.70
- Wesen u. Ziel des Arbeitsrechts. Von Heinz Holtz. Grundpreis 0.70
- 25 Jahre Deutsche Gewerkschaftsbewegung, 1890-1915. Von B. Umbreit. Grundpreis 3.00
- Die Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften. Von Karl Zwing. Grundpreis 2.00
- Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Koalitionsrecht und Sozialisation der Arbeiter in Deutschland seit der Gewerkeordnung (1890). Von Dr. Jakob Reindl. Grundpr. 4.50

Schlüsselsatz zu den unter 5. und 6. genannten Schriften zur Zeit 2000. Die angegebenen Grundpreise multipliziert mit der Schlüsselsatz, ergeben den augenblicklichen Preis des Buches.

Die Verlagsgesellschaft des ADGB liefert Organisations- und deren Mitgliedern bei Bezugnahme auf diese Anzeige mit 25% Ermäßigung.

Jeder kann Schriftzeichen nach meiner Methode

S. Siegler, Gießen, Bismarckstr. 37.

Arbeits-Hofen

i. Qualitäten: Angleder, weiß, schwarz, silbergrau; Pilot, Schiffsleinen, Zentren sowie Sommer-Jacken in verschiedenen Qualitäten liefert zu außerst Preisen.

W. Hübner, Niederoderwitz i. Sa.
Anfertigung von Arbeits-Garben.

Gelernte Marmorhauer

für Maschinen- und Handarbeit, besonders verteilte Fische, sofort gesucht.

Frübel & Co.
Erfurt (Nord).

Tücht. Marmorhauer

für verteilte Hochschichtstoffe sofort gesucht

Marmorwaren-Fabrik Wolf
Frankfurt a. M., Eberrad.

Zwei Steinpallier

und mehrere Steinmetzen werden bei zeitgemäßen Lohnverhältnissen für dauernd nach Brotterode in Thüringen gesucht.

Granitwerk Köppler, Schmalkalden.

Steinmetz

für Granitstein- und etwas Kunststeinarbeiten sofort gesucht.

E. Gärtitz, Bildhauer, Teuchern, Thür.

Marmorhauer

oder Steinmetz für Bearbeitung von Marmorplatten, Kunstgegenständen, Schreibzeugen usw., von reinem Marmorwerk sofort gesucht.

Marmorwerk „Niedersachsen“
Hage & Steffner, Osnabrück
Reulandstraße 43.

Marmorhauer

der tüchtig in allen Arbeiten und in Hand- und Maschinenarbeit bemerkt ist, in dauernde Stellung gesucht.

Gebr. Kratz, Marmorhauer
Gummersich a. Rh., Unbedeltes Gebiet

Granit-Steinbruch

zu Vertiefen- oder Plattenstein-Fabrikation geeignet, wenn auch noch nicht im Betrieb zu laufen oder zu bauen gesucht. In Frage kommt baldiger und wirksamer Schmaragd, ebenfalls auch Bohren. Besondere erhalten hohe Produktion. Erferten unter „Granitbruch“ an die Expedition dieses Blattes.

In dauernde Beschäftigung gesucht nach

15-20 Pflastersteinhauer

bei hohem Lohn unter Anweisung an Ort und Stelle in der Bauarbeiterverbände. Unterkunft für Bekleid. ist vorhanden.

Hoch- und Tiefbaugesellschaft m. b. H.
Mit Steinbruchbetrieb
Eberstadt, Kreis Darmstadt.
Bureau: Seibelberger Straße 72.

Mehrere tücht. Steinmetzen

auf Marmor-Arbeiten und Maschinen werden bei hohem Lohn sofort eingestellt. Bekleid. vorhanden.

Hugo Wiesengrund Akt.-Ges.
Marmor-Werke
Steinerne Renne im Garz, b. Bernigerode

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenige Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.

In **Sohlenleuben** am 14. Mai der Hilfsarbeiter **Paul Knopf**, 33 Jahre alt, Herzschlag.

In **Wolfschönen** am 22. Mai der Hilfsarbeiter **Alwin Bauernochse**, 25 Jahre alt, Berufsunfall.

In **Friedenfelde** am 25. Mai der Granitsteinmetz **Josef Schraml**, 54 Jahre alt, Magenleiden.

In **Zöblitz** am 9. Juni der Dreher **Paul Seifert**, 20 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Arnsdorf** am 12. Juni der Granitsteinmetz **Ernst Reumann**, 60 Jahre alt, Asthma.

In **Demitz** am 15. Juni der Brecher **Richard Hausdorf**, 22 Jahre alt, Nierenentzündung; am 24. Juni der Granitsteinmetz **Aug. Thomas**, 51 Jahre alt, Rheuma.

In **Pöbau** am 15. Juni der Granitsteinmetz **Ernst Heine**, 48 Jahre alt, Magenleiden.

In **Regensburg** am 20. Juni der Steinmetz **Josef Jäger**, 46 Jahre alt, Krebsleiden.

In **Hornberg** am 21. Juni der Pflastersteinmacher **Peter Englmeier**, 42 Jahre alt, Lungenleiden.

In **Rannheim** am 25. Juni der Sandsteinmetz **Ronrad Jiegler**, 43 Jahre alt, Magenleiden.

In **Berlin** am 25. Juni der Steinmetz **Emil Graf**, 53 Jahre alt, Blutsturz; am 27. Juni der Sandsteinmetz **Gustav Bloch**, 49 Jahre alt, Herzschlag.

In **Ilbenbüren** am 25. Juni der Sandsteinmetz **Artur Weinhardt**, 18 Jahre alt, Bluterguss.

In **Lutter a. B.** am 25. Juni der Sandsteinmetz **Wilh. Red**, 56 Jahre alt, Herzschwäche.

In **Mauer** am 27. Juni der Brecher **Gust. Wende**, 32 Jahre alt, Berufsunfall.

In **Köhlitz** am 27. Juni der Steinmetz **Wilh. Kühn**, 68 Jahre alt, Asthma.

In **Strehlen** am 28. Juni der Brecher **Herrn Kettel**, 55 Jahre alt, Herzschlag; am 7. Juli der Brecher **Karl Reindl**, 58 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Senften** am 29. Juni der Granitsteinmetz **August Müller**, 34 Jahre alt, Magenleiden.

In **Dresden-Pirna** am 2. Juli der Brecher **Gustav Kretschmar**, 64 Jahre alt, Kehlkopfleiden.

Ehre ihrem Andenken

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Binkler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.